

Ulrich Spiegel

Die Allokation von Rettungsmitteln

Eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit



Nomos

Schriften zum Bio-, Gesundheits- und Medizinrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Marion Albers

Prof. Dr. Ivo Appel

Prof. Dr. Ulrich M. Gassner

Prof. Dr. Henning Rosenau

Band 38

Ulrich Spiegel

Die Allokation von Rettungsmitteln

Eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Augsburg, Univ., Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-5950-7 (Print)

ISBN 978-3-7489-0080-1 (ePDF)

D384

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*Meinen Eltern
Uta und Dr. Joachim Spiegel*

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2018/2019 von der Juristischen Fakultät der Universität Augsburg als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung konnten bis Juli 2018 berücksichtigt werden. Mit der Arbeit soll der Aufruf verbunden sein, das spannende, aber noch weitgehend unerforschte Gebiet des Rechts betreffend die integrierten Leitstellen zum Gegenstand weiterer rechtswissenschaftlicher Diskussionen zu machen.

Meinem verehrten Doktorvater Prof. Dr. Josef Franz Lindner, der die Arbeit mit großem wissenschaftlichen sowie persönlichen Engagement – insbesondere durch seine stete Erreichbarkeit – förderte, gilt mein aufrichtiger Dank. Herrn Prof. Dr. Ferdinand Wollenschläger danke ich für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens.

Besonders gedankt sei außerdem Wolfgang Killermann für seine konstruktiven Denkanstöße, welche die Erstellung und Korrektur der Arbeit wesentlich förderten.

Mein größter Dank von Herzen für ihr unerschütterliches Vertrauen, ihre unermüdliche Unterstützung und ihren immerwährenden Rückhalt gebührt meinen Eltern Uta und Dr. Joachim Spiegel. Sie haben mir das Verfassen dieser Arbeit erst ermöglicht; ihnen sei sie gewidmet.

München, im März 2019

Ulrich Spiegel

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
1. Kapitel: Einführung – Die beiden zentralen Themenblöcke	23
A. Erschließung des Rechts betreffend die integrierten Leitstellen	24
I. Zuweisung eines abstrakten Problemfeldes	24
II. Ziel der Erschließung und Beschränkung des Untersuchungsgegenstandes	24
B. Gerechte Verteilung von Einsatzmitteln	25
I. Zuweisung eines abstrakten Problemfeldes	25
II. Ziel der Untersuchungen	26
C. Vorgehensweise	27
2. Kapitel: Begriffliche und tatsächliche Grundlagen	29
A. Begriffsbestimmungen und Definitionen	30
I. Tatsächliche und juristische Definitionen im Bereich des Rettungswesens	30
1. Eingrenzung und Einordnung des Rettungsdienstes und der Notfallrettung	30
2. Definition der Einsatzmittel	36
a) Einordnung der Begriffe Einsatzmittel und Rettungsmittel	36
b) Darstellung der verschiedenen relevanten Einsatzmittel	38
II. Definition der integrierten Leitstelle	40
B. Der Rettungsdienst in Bayern	41
I. Aufbau und Ausgestaltung des Rettungsdienstes in Bayern	42
II. Etablierung der Einsatzmittel	44
C. Die Allokation der Einsatzmittel durch die integrierten Leitstellen	47
I. Die Rolle der integrierten Leitstellen bei Notfall- und Notarzteinsätzen	47
II. Aufgabenteilung in den integrierten Leitstellen	52
D. Der Notfall- und Notarzteinsatz	54

Inhaltsverzeichnis

E. Fazit	56
3. Kapitel: Die juristische Regelung der integrierten Leitstellen und ihrer Einsatzmittelverteilung	57
A. Normen zur Regelung der bayerischen integrierten Leitstellen	57
I. Regelung des Rettungsdienstes und der integrierten Leitstellen auf Landesebene	58
II. Zuständigkeit zur Regelung des Rettungsdienstes und der integrierten Leitstellen innerhalb Bayerns	61
III. ILSG und flankierende Bestimmungen	63
1. Das ILSG	63
2. Durchführungshinweise zur Disponentenausbildung	64
3. Alarmierungsbekanntmachung	64
a) Ermächtigungsgrundlage	64
b) Regelungszweck	65
c) Rechtsnatur	67
IV. Das BayRDG	68
1. Einführung in das BayRDG	68
a) Historischer Abriss	68
b) Überblick über den Inhalt	69
2. Leitstellenspezifische Regelungen im heutigen BayRDG	70
V. Die AVBayRDG	71
1. Ermächtigungsgrundlage, Rechtsnatur und Regelungszweck der AVBayRDG	71
a) Ermächtigungsgrundlage und Rechtsnatur	71
b) Regelungszweck	71
2. Leitstellenspezifische Regelungen in der AVBayRDG	72
a) Überblick	72
b) Zusammenwirken von AVBayRDG und ABek	72
VI. Die Musterdienstanweisung für den Rettungsdienst	73
1. Veraltete Version	73
2. Leitstellenspezifische Regelungen	74
VII. DIN-Normen	74
B. Organisation, Aufbau und Aufgaben der integrierten Leitstellen	76
I. Von der Rettungsleitstelle zur integrierten Leitstelle	76
II. Analyse des heutigen Zustandes	77
1. Aufgaben und räumliche Zuständigkeitsbegrenzungen der integrierten Leitstellen	78
a) Aufgaben – Sachliche Zuständigkeit	78

b) Räumliche Zuständigkeitsbegrenzungen	81
2. Träger der integrierten Leitstellen	83
a) Aufgabenträger und Durchführende	83
b) Rechtsträger	84
3. Rechtliche Einordnung der integrierten Leitstellen an sich und ihrer Aufgaben	85
a) Das Verwaltungsmonopol im Rettungsdienst	86
b) Rechtsnatur der integrierten Leitstellen an sich	89
c) Rechtsnatur der Aufgaben der integrierten Leitstellen und deren Ausgestaltung	93
d) Zwischenergebnis	94
4. Rechtsnatur der konkreten Dispositionshandlungen	95
a) Öffentlich-rechtliche Handlung	96
b) Realakt oder Verwaltungsakt	97
5. Rechtsschutzmöglichkeiten	102
a) Rechtsschutz gegen die Regelung der Einsatzmittelallokation	103
b) Rechtsschutz im Bereich der Dispositionshandlungen der integrierten Leitstellen	106
6. Finanzierung der integrierten Leitstellen	113
7. Staatliche Aufsicht und Überprüfung	114
III. Die Regelung der Leitstellen außerhalb Bayerns und Deutschlands	116
1. Regelungen in Deutschland	117
2. Regelungen in Europa und weltweit	119
C. Die Allokation der Einsatzmittel durch die integrierten Leitstellen – (rechtliche) Einordnung	121
I. Status quo	121
1. Gesetzes- und Rechtslage zur Allokation von Einsatzmitteln	121
2. Resultierende Allokationspraxis der Leitstellen	123
a) Auslegung von „soll“ in § 4 Satz 1 AVBayRDG	125
aa) Atypische Fälle bei Soll-Vorschriften	126
bb) Duplizitätsfälle als atypische Fälle	127
b) Angepasstes Verständnis von „verfügbare“ im Sinne des § 4 Satz 1 AVBayRDG	133
c) Einordnung der derzeitigen Ausgestaltung in ein systematisches Verteilungsverfahren	135

Inhaltsverzeichnis

II. Rationierung und Priorisierung durch die integrierten Leitstellen	136
1. Grundverständnis von „Rationalisierung“, „Rationierung“ und „Priorisierung“ im Gesundheitswesen	136
a) Darstellung der Verteilungsebenen	136
b) Rationalisierung	139
c) Rationierung	140
d) Priorisierung	143
e) Abgrenzung zueinander	145
2. Übertragung auf die integrierten Leitstellen	146
a) Die Verteilungsebenen bei der integrierten Leitstelle	147
b) Rationierung und Priorisierung durch die (Regelung der) integrierten Leitstellen	147
III. Einsatzmittelallokation: ein Problem der Verteilungsgerechtigkeit	149
1. Philosophische Ansätze zur Verteilungsgerechtigkeit	150
2. Juristische Aufarbeitung der philosophischen Ansätze	151
3. Übertragung auf die Einsatzmittelallokation	152
IV. Verfassungsrechtliche Dimensionen der Einsatzmittelallokation	153
D. Einordnung und Definition des Leitstellenrechts	154
I. Teilgebiet des Gesundheitsrechts	155
II. Das Recht betreffend den Rettungsdienst und die integrierten Leitstellen	155
1. Erwägungen zur Definition eines „neuen“ Rechtsgebiets	155
2. Definition des Rechts betreffend die integrierten Leitstellen – das Leitstellenrecht	157
4. Kapitel: Verstoß der derzeitigen Regelung gegen höherrangiges Recht	159
A. Rechtsquellenanalyse – Prüfungsmaßstab	159
I. Identifikation möglicher Rechtsquellen	160
1. Anforderungen an die Rangordnung der Rechtsquellen	160
2. Anforderungen an die Regelungswirkung und den Regelungsgehalt der Rechtsquellen	161
II. Verfassungsrecht	163
1. Rolle und Bedeutung der Verfassung	164
a) Entwicklung von Leistungs- und Schutzfunktionen	166

b) Rolle der Verfassung bei Regelung von Allokationssituationen	170
2. Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG	172
a) Abwehrrechtliche Dimension des Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG und die Einsatzmittelallokation	173
aa) Betroffenheit der abwehrrechtlichen Dimension Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG bei der Einsatzmittelallokation	173
bb) Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG im medizinrechtlichem Kontext	176
b) Pflicht zum Gesundheitsschutz aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG	178
aa) Gesundheitsbegriff im Rahmen des Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG	178
bb) Schutz- und Leistungspflicht des Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG	182
(1) Gesundheitsschutz als Schutz- und Leistungspflicht des Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG	182
(2) Grenze: Untermaßverbot	188
cc) Fazit: Kein Anspruch auf Schaffung und Zuteilung eines Einsatzmittels aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG iVm. Art. 20 Abs. 1 GG	191
c) Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG und Allokationsentscheidungen	193
3. Art. 1 Abs. 1 Satz 1 GG	195
a) Allgemeine Einordnung des Art. 1 Abs. 1 Satz 1 GG	196
b) Art. 1 Abs. 1 Satz 1 GG und Gesundheitsleistungen	197
c) Art. 1 Abs. 1 Satz 1 GG und Allokationsentscheidungen	201
4. Grundsatz der Lebenswertindifferenz	201
a) Entwicklung des Grundsatzes der Lebenswertindifferenz	202
b) Anwendbarkeit des Grundsatzes der Lebenswertindifferenz auf Allokationssituationen	203
5. Art. 12 Abs. 1 und Art. 4 Abs. 1 GG	205
a) Berufsfreiheit	206
b) Gewissensfreiheit	207
6. Art. 3 GG	209
a) Generelle Einordnung des Art. 3 GG	210
b) Art. 3 GG und Gesundheitsleistungen	212

Inhaltsverzeichnis

c) Art. 3 GG und Allokationsentscheidungen	215
d) Art. 3 Abs. 1 GG bei der Betroffenheit von Freiheitsrechten	218
7. Staatsprinzipien	221
a) Demokratieprinzip	222
aa) Generelle Einordnung des Demokratieprinzips	222
bb) Demokratieprinzip und Allokationsentscheidungen	225
b) Rechtsstaatsprinzip	226
c) Sozialstaatsprinzip	229
aa) Generelle Einordnung des Sozialstaatsprinzips	229
bb) Das Sozialstaatsprinzip und Gesundheitsleistungen	230
cc) Das Sozialstaatsprinzip und Allokationsentscheidungen	231
8. Zusammenfassung	232
III. Bundesrecht	233
IV. Landesrecht	235
1. Landesverfassungsrecht	235
a) Schutz des Lebens und der körperlichen Integrität	236
b) Menschenwürde	237
c) Staatsprinzipien	238
d) Allgemeiner Gleichheitssatz	239
2. Verwaltungsverfahrenrecht	240
V. Supranationales Recht	240
1. Europäische Grundrechtecharta – GRCh	242
a) Verbindlichkeit	243
b) Menschenwürde	246
c) Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit	247
d) Recht auf Zugang zur Gesundheitsvorsorge und auf ärztliche Versorgung	250
e) Gleichheitssatz	251
f) Verbot der Diskriminierung	252
2. Europäische Menschenrechtskonvention – EMRK	253
a) Verbindlichkeit	254
b) Recht auf Leben	255
c) Diskriminierungsverbot	257
d) Recht auf körperliche Unversehrtheit und allgemeiner Gleichheitssatz	258
3. Sonstiges supranationales Recht	260

B. Priorisierung in Deutschland – Erarbeitung verfassungsrechtlich zulässiger und im konkreten Fall tauglicher Priorisierungskriterien	260
I. Personenbezogene Merkmale	261
1. Von Verfassungstexten umfasste Merkmale und Erweiterung des Grundsatzes der Lebenswertindifferenz	261
2. Finanzkraft	264
3. Staatsangehörigkeit	265
4. Soziale Wertigkeit	266
5. Alter	267
II. Maximierung der Anzahl Überlebender	269
III. Selbstverschulden	272
1. Verfassungsrechtliche Bewertung	273
2. Ethische und praktische Gründe für und wider einer Priorisierung nach Selbstverschulden	274
IV. Kosten und Nutzen der Behandlung	277
1. Das QUALY-System – kurzer Abriss	278
2. Verfassungswidrigkeit bei Patientenauswahlentscheidungen und beim Ausschluss elementarer Gesundheitsleistungen	280
3. Untauglichkeit bei der Priorisierung im Rahmen der Einsatzmittelallokation	281
V. Erfolgsaussichten	282
VI. Dringlichkeit	283
1. Grundverständnis von Priorisierung nach Dringlichkeit	283
2. Verfassungsrechtliche Bewertung	285
3. Praktische Gründe für und wider einer Priorisierung nach Dringlichkeit im Rahmen der Einsatzmittelallokation	288
VII. Zufallsprinzipien	292
1. Verschiedene Zufallsprinzipien	292
a) Losverfahren	292
b) Prioritätsprinzip	294
2. Bewertung des Prioritätsprinzips	296
a) Verfassungsrechtliche Bewertung des Prioritätsprinzips	296
b) Das Prioritätsprinzip in der Einsatzmittelallokation	300
VIII. Minimalnutzenschwelle, Dringlichkeit und Prioritätsprinzip als zulässige Priorisierungskriterien	301

Inhaltsverzeichnis

C. Kritik an der derzeitigen Rechtslage und Vergabepaxis	301
I. Vergleich zur Situation der Triage	302
II. Vergleich zur Organallokation	303
1. Die Ausgestaltung der Organallokation im TPG – ein Abriss	304
a) Ausgestaltung des Systems zur Organallokation	304
b) Priorisierungskriterien des TPG und ihre Ausgestaltung	307
c) Hauptkritikpunkte amzeitigem Allokationssystem und Lehren für eine potenzielle Novellierung der Einsatzmittelallokation	308
aa) Erfolgsaussicht und Dringlichkeit als normative Kriterien	308
bb) Verstoß gegen das Wesentlichkeitsgebot	310
cc) Fehlende demokratische Legitimation sowie rechtsstaatliche Bedenken	311
dd) Verfassungsrechtliche Bedenken gegen das Kriterium der Erfolgsaussicht	313
2. Vergleich der Organ- und Einsatzmittelallokation	313
III. Verstoß gegen das Bestimmtheitsgebot	314
IV. Verstoß gegen die Wesentlichkeitstheorie	317
V. Verstoß gegen das Demokratieprinzip	320
VI. Verstoß gegen Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG	322
VII. Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG	323
1. Festlegung des Vergleichspaares	323
2. Wesentliche Unterschiedlichkeit des Vergleichspaares	324
3. Wertungswiderspruch: Gleichbehandlung trotz Unterschiedlichkeit	325
4. Sachgerechtigkeit der Gleichbehandlung	326
a) Legitimes Ziel der Gleichbehandlung	328
b) Geeignetheit der Gleichbehandlung zur Zielerreichung	328
c) Erforderlichkeit der Gleichbehandlung	329
aa) Dringlichkeit als mögliches milderes Mittel	329
bb) Zulässigkeit der Umdisposition	330
(1) Dispositionshandlung nicht bekannt gegeben	330
(2) Mittelbarer Eingriff in Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG bei Umdisposition	332
(3) Fazit zur Umdisposition	334

5. Festzustellender Verstoß der derzeitigen Regelung der Einsatzmittelallokation	334
VIII. Auswirkungen des Verfassungsverstoßes der derzeitigen Regelung der Einsatzmittelallokation	335
5. Kapitel: Fazit und Anregungen	338
A. Fazit	338
I. Das Recht betreffend die integrierten Leitstellen	338
II. Überprüfung der Regelung der Einsatzmittelallokation	340
B. Priorisierung durch die Leitstellen – Anregung zu einer neuen Allokationsregelung	343
I. Bedenken gegen eine Novellierung	343
II. Priorisierung nach mehreren Kriterien mittels Parlamentsgesetz und Ausführungsverordnung	345
1. Zu verwendende Kriterien und daraus resultierende Allokationspraxis	345
2. Umsetzung des neuen Priorisierungssystems	346
Literaturverzeichnis	349
Anhang – Auszüge aus einschlägigen Normen	381
A. BayRDG	381
B. AVBayRDG	387
C. ILSG	392
D. ABek	396

Abkürzungsverzeichnis

a.E.	am Ende
Abb.	Abbildung
ABek	Alarmierungsbekanntmachung
Abs.	Absatz
AGVwGO	Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung
AllMBL	Allgemeines Ministerialblatt
Alt.	Alternative
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AVBayRDG	Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes
Az.	Aktenzeichen
BaWü	Baden-Württemberg
BayFwG	Bayerisches Feuerwehrgesetz
BayKSG	Bayerisches Katastrophenschutzgesetz
BayRDG	Bayerisches Rettungsdienstgesetz
BayRS	Bayerische Rechtssammlung
BayStMI	Bayerisches Staatsministerium des Inneren und für Integration
BayVbl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BayVwVfG	Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz
BbgRettG	Brandenburgisches Rettungsdienstgesetz
BeckOK	Beck'scher Onlinekommentar
BeckRS	Elektronische Entscheidungsdatenbank in beck-online
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHR	Entscheidungen des BGH
BGHZ	Entscheidungen des BGH in Zivilsachen
BV	Bayerische Verfassung
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz

Abkürzungsverzeichnis

BVerfGK	Kammerentscheidung des Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
Chr.	Christus
Ders.	Derselbe
Dies.	Dieselbe(n)
DIN	Deutsches Institut für Normung
DIN EN	Europäische DIN Norm
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DS	Der Sachverständige (Fachzeitschrift)
Dtsch. Ärztebl.	Deutsches Ärzteblatt
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
Ethik Med	Ethik in der Medizin (Fachzeitschrift)
EU	Europäische Union
EuR	Zeitschrift Europarecht
evtl.	eventuell
f.	folgende
ff.	fortfolgende
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GO	Bayerische Gemeindeordnung
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
HmbGVBl.	Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
IBR	Immobilien & Baurecht (Fachzeitschrift)
ILS	integrierte Leitstelle
ILSG	Gesetz über die Errichtung und den Betrieb Integrierter Leitstellen
iSd.	im Sinne des
ITH	Intensivtransporthubschrauber
ITW	Intensivtransportwagen
iVm.	in Verbindung mit
Jhd.	Jahrhundert

JURA	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristen Zeitung
KEZ	Kreiseinsatzzentrale(n)
KG	Kammergericht
KommZG	Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit
KTW	Krankentransportwagen
lit.	Littera
LKro	Landkreisordnung für den Freistaat Bayern
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung (Fachzeitschrift)
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MABl.	Ministerialamtsblatt
MANV	Massenanfall von Hilfsbedürftigen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MedR	Medizinrecht (Fachzeitschrift)
n.	nach
NAW	Notarzwagen
NEF	Notarzteinsatzfahrzeug
NJW	Neue juristische Wochenzeitung
NJW-RR	Neue juristische Wochenzeitung - Rechtsprechungsreport
Nr.	Nummer(n)
NRW	Nordrhein-Westfalen
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht –Rechtsprechungsreport
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
OBABl.	Oberbayerisches Amtsblatt
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PdK	Praxis der Kommunalverwaltung
QUALY	quality-adjusted life years
RettdG LSA	Rettungsdienstgesetz des Landes Sachsen-Anhalt
RettdG NRW	Gesetz über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmer (Rettungsgesetz NRW)
Rn.	Randnummer(n)
RTH	Rettungstransporthubschrauber

Abkürzungsverzeichnis

RTW	Rettungswagen
Rz.	Randziffer(n)
S.	Seite(n)
SGB I	Sozialgesetzbuch Erstes Buch
SGB II	Sozialgesetzbuch Zweites Buch
SGB V	Sozialgesetzbuch Fünftes Buch
sog.	sogenannte(r)
StVO	Straßenverkehrs-Ordnung
TPG	Gesetz über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen und Geweben (Transplantationsgesetz)
u.a.	und andere
Var.	Variante
VEF	Verlegungsarzt-Einsatzfahrzeug
VerfGH	Verfassungsgerichtshof Bayern Entscheidungssammlung
VersR	Versicherungsrecht (Fachzeitschrift)
VfGHG	Gesetz über den Bayerischen Verfassungsgerichtshof
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
WHO	World Health Organisation
z.B.	zum Beispiel
ZEKO	Zentrale Kommission zur Wahrung ethischer Grundsätze in der Medizin und ihren Grenzgebieten bei der Bundesärztekammer
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung